

Die Gewerkschaftslinken zur EG-Frage

Eine differenzierte Haltung

In linken Kreisen und Publikationen – auch die Bresche macht diesbezüglich keine Ausnahme – wird im Zusammenhang mit der EG/EWR-Frage immer wieder schematisch von zwei Polen gesprochen: Auf der einen Seite die ablehnenden Grünen und auf der anderen die befürwortenden Gewerkschaften und die SP. Diese Vereinfachung übersieht aber, dass in den letzten Jahren in den Gewerkschaften ein Positionskampf in dieser Frage abgelaufen ist, der alles andere als unbedeutend ist. Leider ist es bisher nicht möglich gewesen, in der alternativen Bewegung bekanntzumachen, dass die Gewerkschaftslinken eine sehr differenzierte Haltung zur Europa-Frage eingenommen hat. Der folgende Artikel versucht, dieses Defizit auszufüllen.

Bruno Bollinger

Die Entwicklung der Gewerkschaftslinken in der EG-Frage ist ein gutes Beispiel dafür, wie Politikfähigkeit entsteht, indem man sich mit der Realität auseinandersetzt. Je näher das Jahr 1993 kam, je konkreter die gestellten Probleme wurden, desto klarer und ausgefeilter definierte sich die Position der Gewerkschaftslinken. Eine gute Dokumentation für die Entwicklung der Positionen der Gewerkschaftslinken stellt das Magazin DiSKUSSION dar.

Juni 1989: Ein neokapitalistisches Projekt

Im Juni 1989 stellten wir im Editorial der Nummer 8 von DiSKUSSION folgendes fest: «JA, JEIN, NEIN, SI –

das sind Positionen, die innerhalb der Linken bezüglich des Europäischen Binnenmarkts vertreten werden. Und dazwischen hat es noch einige Schattierungen. Eine solche kontroverse – und engagierte – Diskussion hat es jedenfalls schon lange nicht mehr gegeben».¹

Dass der europäische Binnenmarkt zuerst einmal ein neokapitalistisches Projekt ist, stand als Grundüberlegung für alle Schreibenden der DiSKUSSION fest. Dass der ursprünglich für 1992 geplante Binnenmarkt unabhängig davon kommen würde, ob die Schweizer Linke Ja oder Nein sagt, war allen klar. Ob aber die Gewerkschaften das Hauptgewicht auf die Abwehr der Risiken oder auf die Nutzung der Chancen legen sollen, war Gegenstand der Diskussionen.

Die zwei wichtigsten Exponenten der Gewerkschaftslinken, Hans Schächli und Vasco Pedrina, waren sich in dieser Frage alles andere als einig. Vasco Pedrina war aus seiner Erfahrung mit der Immigrationsfrage für das Wahrnehmen der Chancen, welche die vorgesehene Freizügigkeit der Arbeitskräfte für Verbesserungen im Ausländerrecht bedeuten könnte. Vasco Pedrina legte sich noch nicht auf ein Ja zur EG fest: «Für unsere gewerkschaftliche Praxis ist die Frage, ob sich die Schweiz der EG – im Hinblick auf ihre Natur und die vorherrschende Orientierung ihres Integrationsprozesses – anschliessen oder ihr fernbleiben soll, nicht vorrangig.»² Um den Herausforderungen die Stirn bieten zu können, müsse die Initiative ergriffen werden, sonst würde man Gefahr laufen, den Ereignissen nachzuhinken. Die GBH ging denn auch in die Offensive und machte Druck (z.B. im September 1990 mit dem ManiFEST für die Abschaffung des Saisonierstatuts).

Hans Schächli hingegen legte das Hauptgewicht auf die Risiken. «Mich selber hat die Aufbruchstimmung, was die EG und den Binnenmarkt angeht, noch nicht ergriffen, weil ich glaube, dass die Schweizer Wirtschaft vom geplanten Binnenmarktprojekt zwar viel zu erhoffen, wir Gewerkschaften vorab aber einiges zu befürchten haben.»³

Im Rahmen der Trägerschaft von Diskussion wurde versucht, einen Konsens zu finden, der in Thesen zu Europa formuliert werden sollte. Einleitend zu den Thesen wurde festgehalten: «Besonders wichtig ist es, dass die Gewerkschaften ihre Aktion nicht auf den engen Innenraum der Schweiz beschränken, sondern am Kampf der europäischen Gewerkschaftsbewegung teilnehmen. Es ist nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Schweiz am neokapitalistischen Projekt des EG-Binnenmarktes mitmacht. Es ist aber unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Schweiz beim "europäischen Sozialraum" dabei ist. Dieses Bestreben soll in den folgenden Thesen seinen Ausdruck finden.»⁴ Die Ereignisse und die sich präzisierenden Positionen überholten aber die redaktionelle Endfassung der Thesen, die als Entwurf ins Dossier wanderten und das Licht der Öffentlichkeit nie zu sehen bekamen.

September 1990: Alleingang als Illusion

Im September 1990 veröffentlicht die DiSKUSSION Nummer 12 eine gemeinsame Grundsatzklärung von Hans Schächli und Vasco Pedrina: «Angesichts der starken Dynamik, welche die EG entfaltet, ist es sicher illusorisch anzunehmen, die Schweiz



könne sich dem europäischen Integrationsprozess entziehen und einen Alleingang wählen. Eine isolationistische Position ist aber vor allem auch deshalb abzulehnen, weil sie die Probleme für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche mit der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt und den fehlenden übernationalen Normen entstehen, keineswegs löst. Im Gegenteil würden sie durch die Politik des Alleingangs verschärft.⁵ Für Schächli und Pedrina wurde es immer klarer, dass der Beitritt der Schweiz zur EG verlangt werden soll. Überlegt und diskutiert wurde, ob es taktisch besser sei, zuerst nur Ja zum EWR-Vertrag zu sagen. Ausgangspunkt der Überlegungen war stets, wie einerseits die Interessen der Lohnabhängigen am besten eingebracht werden können; wie andererseits ein soziales, ökologisches, friedliches und demokratisches Europa aufgebaut werden kann.

Ausschlaggebend war für beide die Überlegung, dass ein Alleingang ein Ausscheiden aus der kommenden Entwicklung bedeuten würde. Nationale Regulierungen würden so oder so ausgehöhlt, was nur mit Regulierungen auf europäischer Ebene beantwortet werden kann. Die EG bietet die Möglichkeit, solche europäischen Schutzregulierungen für die Lohnabhängigen zu schaffen.

Die Modernisten, die Rechten. . .

Im Gegensatz zur Gewerkschaftslinken bestanden weder für die Rechten um die SMUV-Führung noch für die Modernisten um *Beat Kappeler* je Zweifel an einem Beitritt der Schweiz zur EG. SGB-Sekretär *Beat Kappeler* erklärte bereits im September 1988 in

der Gewerkschaftlichen Rundschau seine Position: «Man darf füglich erwarten, dass ein Beitritt (und vielleicht nur er) jahrzehntealte Verschleppungen schweizerischer politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen korrigieren könnte.»⁶ Das ist bis heute das EG-Credo von *Beat Kappeler* geblieben. «In guten Treuen kann man an der EG sowohl Gutes wie Schlechtes finden, kann man das Glas halb voll oder halb leer heissen.»⁷

Beat Kappeler hat sich nie gescheut, klar zu sagen, dass ein Beitritt der Schweiz zur EG vor allem Positives bringen würde.

Noch angepasster der SMUV. Bereits für den Jubiläumskongress im November 1988 veröffentlichte die SMUV-Geschäftsleitung ihre Thesen zur EG. These 1 hielt klar fest: «Der SMUV unterstützt alle Bemühungen von Wirtschaft und Behörden zur Verbesserung der »EG-Fähigkeit« der Schweiz, sofern diese nicht einseitig in einer Deregulierung der Wirtschaftsbeziehungen bestehen, sondern gleichzeitig auch die Erhaltung und Stärkung der arbeitnehmerorientierten Schutz- und Sozialbestimmungen einschliessen.»

Der Wandel des SMUV von einer eher nationalistischen Ausrichtung zu einer Europabegeisterung ist nicht erstaunlich, denn die SMUV-Führung ist mit dem Projekt EG einverstanden. Vom Wachstumsprojekt, von der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit erhofft sie sich eine Sicherung der Arbeitsplätze.

. . . und die Romands

Während sich in der deutschen Schweiz die Gewerkschaftslinken noch um die genaue Position stritten,

entwickelte die Linke in der französischen Schweiz ihre eigene Haltung, die klar in Richtung eines sofortigen Beitritts zur EG ging. Der wadtländische Gewerkschaftsbund stellte am SGB-Kongress einen entsprechenden Antrag. In diesem wurde festgehalten, dass der EWR-Vertrag sowieso dem Bundesrat nur dazu dienen würde, die bestehende Ausländerpolitik aufrechtzuerhalten. Darum schlussfolgerten die Romands: «Nach dieser Feststellung kann kein Zweifel darüber bestehen, dass sich schliesslich einzig und allein der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft in den Köpfen durchsetzen wird. Der SGB wird deshalb unverzüglich im Komitee für die Lancierung einer Volksinitiative für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft mitarbeiten.»

Oktober 1990: SGB-Kongress in Interlaken

Im von *Beat Kappeler* verfassten Positionspapier zu Europa schlug der SGB-Vorstand dem Kongress vor: «Aus diesen Gründen fordert der SGB die Schweizer Behörden auf, die Möglichkeiten des EWR-Vertrages voll auszuschöpfen, die in der EG erreichten Harmonisierungen auf allen Gebieten zu übernehmen, keine dauernden Ausnahmen zu beantragen und die spätere Mitgliedschaft in der EG als eigentliches Ziel unserer Integrationspolitik zu betrachten.»

Hans Schächli und *Vasco Pedrina* wollten aber nicht, dass die Gewerkschaften bereits Position zur EWR- und zur EG-Frage bezogen. Im von GBH und GTCP gemeinsam eingereichten Antrag hiess es: «Aufgrund der Politik der Europäischen Gemeinschaft ist die Option EWR im Moment



die realpolitische Möglichkeit zur europäischen Integration für die Schweiz. Dennoch ist diese Option nicht optimal, weil der Verlust von nationalen Entscheidungsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich noch nicht durch entsprechende Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen der EG kompensiert werden kann. Zu einem EWR-Vertrag soll deshalb erst Stellung bezogen werden, wenn sein Inhalt vorliegt. Vom SGB kann einem solchen Vertrag nur zugestimmt werden, wenn in ihm grundlegende Rechte der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerinnen gewährt sind, welche ein Sozial- und Lohndumping verhindern. Wenn dies nicht der Fall ist, muss ein EWR-Vertrag abgelehnt werden.»

Was ist taktisch besser, den EWR-Vertrag sozial zu gestalten, oder sofort in die EG eintreten? Oder nur EWR-Vertrag ohne Teilnahme an der EG? Die Diskussionen intensivierten sich. Einen Tag vor Kongressbeginn reichte Vasco Pedrina im Namen der GBH einen Abänderungs-/Ergänzungsantrag ein, der folgende Linie entwickelte: «Der SGB erarbeitet parallel zu den Forderungen an die laufenden Verhandlungen über den EWR seine Position für einen Beitritt in die EG. Im Rahmen der künftigen Beitrittsverhandlungen setzt sich der SGB dafür ein, dass der Schweiz gewisse Übergangsregelungen gewährt werden und gewisse innere Reformen durchgeführt werden. Deren Zielsetzung ist gleichzeitig europafähig zu werden und soweit wie möglich demokratische, soziale und ökologische Errungenschaften zu bewahren, bzw. auszubauen.»

Die verschiedenen AntragstellerInnen trafen sich zu einer Sitzung mit Beat Kappeler und einigten sich auf diverse Abänderungen im SGB-Positions-

papier. Es wurde präzisiert: «Die Gewerkschaften verkennen nicht, dass dieser Selbstaufbau und dieses Erwachen des Kontinents nicht nur den Interessen der Unternehmen und der Kapitalbesitzer dient, sondern auch jenen der Arbeitnehmer.» Man einigte sich auch auf die Forderung nach einem Beitritt zur EG: «Der SGB fordert daher die Schweizer Behörden auf, die Mitgliedschaft in der EG zum frühestmöglichen Zeitpunkt als Ziel der schweizerischen Intergrationspolitik zu verfolgen.»

Die an verschiedenen Stellen eingeführten Formulierungen, wonach für die Gewerkschaften die Frage EWR oder EG oder beides in erster Linie von der Realisierung des Schutzes der Lohnabhängigen abhängt, war eine wichtige Errungenschaft der Linken. Nichtsdestotrotz prahlte Kappeler in den Medien, dass sich seine Linie durchgesetzt hatte.

Der EWR-Vertrag

Inzwischen liefen auf staatlicher Ebene die Verhandlungen um den EWR-Vertrag. In Laufe dieser Verhandlungen wurde immer klarer, dass der Bundesrat nicht bestrebt war, die sozialen Komponenten im EWR-Vertrag einzubauen. Hans Schächli charakterisierte dies folgendermassen: «Ich befürchte, dass die Schweiz in diesem ganzen Europa-Prozess eine Haltung einnimmt, mit der sie die Deregulierungen übernimmt ohne sich um die Regulierungen zu kümmern (...). Ich habe persönlich immer sehr grundsätzliche Vorbehalte gegen diesen EWR-Weg gehabt, denn er entspricht eben genau dieser bundesrätlichen Vorstellung, man könne die wirtschaftliche Deregulierung und die Konkurrenzfähigkeit einkaufen, ohne

sie mit den daraus entstehenden politischen Pflichten bezahlen zu müssen.»⁸

Aus diesen Überlegungen entstand immer klarer die Haltung, dass der SGB vom Bundesrat verlangen soll, sofort um einen Beitritt zur EG nachzusuchen. Hans Schächli begründet dies so: «Ein Ja zur Integration der Schweiz bedeutet für mich eben auch ein Ja zum EG-Beitritt. Und dann kann man halt nicht noch Hundert Wenn und Aber mitliefern. Die taktische Situation erlaubt das gar nicht.»⁹

Da trafen sich so die Positionen der Rechten, der Modernisten und der Linken. Die Motive aber, die zu dieser Position geführt haben, sind nach wie vor unterschiedlich. Kurz zusammengefasst geht es den Rechten immer noch darum, dass es auch den Beschäftigten besser gehen wird, wenn die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft besser wird. In eine ähnliche Richtung gehen die Motive der Modernisten, die aber weitergehen und die EG als linke politische Vision verkaufen.

Für die Linken hingegen ist der Beitritt zu EG Ausdruck einer Öffnung der Schweiz und der Möglichkeit, die gewerkschaftlichen Druckmittel zu verstärken. Wenn sich die Linke nicht an der Entwicklung einer alternativen Vorstellung bezüglich eines offenen, sozialen, ökologischen und demokratischen Europa beteiligt, scheidet sie selber aus den Entwicklungen der kommenden Jahre aus.

- 1) DiSKUSSION Nr. 8, Juni 1989, Seite 3.
- 2) DiSKUSSION Nr. 8, Juni 1989, Seite 14.
- 3) DiSKUSSION Nr. 8, Juni 1989, Seite 10.
- 4) EG-Thesen von DiSKUSSION, (unveröffentlicht).
- 5) DiSKUSSION Nr. 12, September 1990, Seite 11.
- 6) Gewerkschaftliche Rundschau, September/Oktober 1988, Seite 197.
- 7) DiSKUSSION Nr. 8, Juni 1989, Seite 5.
- 8) Bresche Nr.9/91, Seite XXVII.
- 9) Bresche Nr.9/91, Seite XXVII.